

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Nr. 9 2022

1. Regional
2. El Salvador
3. Honduras
4. Nicaragua
5. Guatemala

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Flucht nach Costa Rica: Die costaricanische Regierung kündigte Ende November eine Reihe von Änderungen an den Einwanderungsvorschriften an. Mit den Reformen soll verhindert werden, was Präsident Rodrigo Chaves als "Missbrauch" bei der Beantragung von Flüchtlingen durch angebliche "Wirtschaftsmigrant*innen" bezeichnete.

Chaves unterzeichnete ein Dekret, das besagt, dass Asylbewerber*innen nicht sofort eine Arbeitserlaubnis erteilt wird, sondern dass sie ein internes Kontrollverfahren durchlaufen müssen. Sie werden ihre Arbeitserlaubnis nur verlängern können, wenn sie sich als Arbeitnehmer*innen registrieren lassen und Beiträge an den costaricanischen Sozialversicherungsfonds (CCSS) einzahlen. Darüber hinaus muss der Asylantrag im ersten Monat des Aufenthalts im Land persönlich eingereicht werden. Während des Prozesses Antrags werden Asylbewerber*innen das Land nicht verlassen dürfen.

US-Asylsystem: Der Oberste Gerichtshof der USA stimmte für die Beibehaltung von Titel 42, einer Politik aus der Trump-Ära, die Tausende von Asylbewerber*innen am Überschreiten der Grenze zwischen den USA und Mexiko hinderte. Nach Titel 42 können die Einwanderungsbehörden Migrant*innen am Grenzgebiet schnell abschieben, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, Asyl zu beantragen. Die Beschränkungen wurden im März 2020 von der ehemaligen Regierung von Präsident Trump als Anordnung der öffentlichen Gesundheit mit COVID-19 als Begründung eingeführt. Ende Dezember blockierte der Oberste Gerichtshof die Pläne der Regierung von Biden, die Beschränkungen aufzuheben.

Die NGO Human Rights First hat seit dem Amtsantritt von Präsident Biden über 13.000 Berichte über Mord, Folter, Entführung und Vergewaltigung von Migranten dokumentiert, die gemäß Titel 42 nach Mexiko abgeschoben oder dort aufgehalten wurden.

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)

Bericht über die Wahrnehmung zentralamerikanischer Journalisten hinsichtlich der Garantien und Bedrohungen der Pressefreiheit in der zentralamerikanischen Region veröffentlicht. Zum PDF.

2. El Salvador

Bericht zum Ausnahmezustand: Die Organisationen Human Rights Watch (HRW) und Cristosal haben einen gemeinsamen Bericht zu den massiven Menschenrechtsverletzungen im Rahmen des Ausnahmezustands veröffentlicht. Für die Recherche haben die Organisationen 1.200 Opfer von willkürlichen Festnahmen, Familien von Gefangenen und Expert*innen interviewt.

Das Dokument beinhaltet Handlungsempfehlungen, sowohl für die salvadorianische Regierung als auch für die internationale Gemeinschaft und regionale Finanzinstitutionen: In dem Bericht wird empfohlen, dass die Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration (BCIE) alle bestehenden Darlehen oder Zuschüsse an staatliche Stellen, die direkt in Missstände verwickelt sind, aussetzt.

Journalist*innen gegen Spionage-Software: Fünfzehn Journalist*innen des investigativen Journalismus-Teams von El Faro haben das israelische Unternehmen NSO Group vor einem US-Bundesgericht verklagt. Das Unternehmen ist der Entwickler der Spionagesoftware Pegasus, mit der 22 Mitarbeiter von El Faro sowie Journalist*innen anderer Organisationen und Figuren der Zivilgesellschaft bespitzelt wurden. Nur einer der Kläger*innen, Roman Gressier, ist ein US-Bürger. Die Entscheidung der salvadorianischen Journalisten, sich an die US-Justiz zu wenden, ist auf ihr Misstrauen gegenüber dem salvadorianischen Justizsystem zurückzuführen, das von der Regierung Nayib Bukele vereinnahmt wurde.

Repressive Sicherheitspolitik: Das Sicherheitsministerium beantragte eine Verlängerung des Ausnahmezustands um einen weiteren Monat. Somit herrscht der Ausnahmezustand seit neun Monaten in El Salvador. In der Tutunichapa-Nachbarschaft in San Salvador wurde auch ein neuer sogenannter "Militärzaun" eingeführt, der zur Bekämpfung des Drogenhandels in dem Gebiet dienen soll.

Darüber hinaus legte das Ministerium dem Kongress einen Entwurf für eine Reform des Sondergesetzes gegen Erpressung vor, um den Straftatbestand der "illegalen Finanzierung von kriminellen Organisationen" hinzuzufügen. Demnach können Manager*innen und Rechtsvertreter*innen von mittleren und großen Unternehmen mit bis zu acht Jahren Gefängnis bestraft werden, wenn sie Erpressungsgelder an Gangs zahlen. Menschenrechtsexpert*innen sind der Ansicht, dass die Maßnahme die Opfer dieses Deliktes kriminalisiert.

Weitere Sanktionen: Das US-Finanzministerium teilte mit, dass es zwei weitere Mitglieder der Regierung von Nayib Bukele mit Sanktionen belegt hat: Conan Tonathiu Castro und Rolando Castro. Ersterer ist der juristische Sekretär der Präsidentschaft und wird beschuldigt, Ermittlungen zur Korruption im Rahmen der Pandemie behindert und seine Position zum persönlichen finanziellen Vorteil genutzt zu haben. Rolando Castro ist derzeit

Arbeitsministeriums auszurichten.

Korruptionsvorwürfe gegen Bürgermeisterin: Die Bürgermeisterin von Soyapango für die Partei Nuevas Ideas, Nercy Montano, wurde am 28. Dezember wegen angeblicher Korruption verhaftet. In den letzten Tagen haben Mitarbeiter*innen der Gemeinde die Straßen blockiert, um ihre ausstehenden Lohnzahlungen für den Monat Dezember einzufordern. Darüber hinaus kritisierten andere Mitglieder von Nuevas Ideas, der Partei von Montano und des Präsidenten Bukele, öffentlich die Verwaltung der Bürgermeisterin. Die Stadt Soyapango befindet sich derzeit im Rahmen der Sicherheitspolitik von Bukele unter einem sogenannten "Militärzaun", bei dem mehr als 10.000 Soldaten und Polizisten im Einsatz sind.

3. Honduras

CICIH: Die Regierung von Honduras und die Vereinten Nationen haben eine Absichtserklärung unterzeichnet, um den Prozess zur Einrichtung der Internationalen Kommission gegen Korruption und Straflosigkeit in Honduras (CICIH) einzuleiten. Eduardo Orellana, Sekretär für Transparenz, erklärte, dass die künftige Kommission wichtige Fälle und Korruptionsnetzwerke untersuchen werde.

Für die Entstehung der Kommission ist noch ein verbindliches bilaterales Abkommen erforderlich. In einer Analyse unterstreicht Ana María Méndez Dardón, WOLA-Direktorin für Zentralamerika, die Notwendigkeit, dass der honduranische Staat die Wahl eines unabhängigen Obersten Gerichtshofs garantiert.

Wahl des Obersten Gerichtshofs: Das Wahlverfahren für den neuen Obersten Gerichtshof befindet sich derzeit in der Phase, in der jede Person gegen die 101 Kandidaten Beschwerde einlegen kann. Die Online-Zeitung Contracorriente hat die Anschuldigungen, Interessenkonflikte und fragwürdigen Hintergründe von mehr als der Hälfte der Kandidaten systematisiert. Diese wurden in den letzten Wochen in den sozialen Netzwerken verbreitet. Der Nominierungsausschuss wird dem Nationalkongress am 15. Januar die endgültige Liste der 45 Kandidaten übermitteln. Allerdings gibt es auch mögliche Interessenkonflikte im Nominierungsausschuss selbst und die Unabhängigkeit des Prozesses wird auch hinterfragt.

Interview über ZEDE-Konflikt: Christopher Castillo ist Generalkoordinator der honduranischen Gemeinde- und Umweltorganisation Alternative für Gemeinde- und Umweltrecht (ARCAH), die sich seit Jahren gegen die ZEDE in Honduras engagiert. Andrea Lammers und Paul Scheytt haben mit Castillo über den Konflikt hinter der ZEDE Próspera gesprochen. [Zum Interview.](#)

Ausnahmezustand: Seit Anfang Dezember hat die Regierung von Xiomara Castro einen partiellen Ausnahmezustand in San Pedro Sula und Tegucigalpa verhängt. Nach offiziellen Angaben haben die Sicherheitskräfte seitdem mehr als 200 Gangmitglieder festgenommen und 17 Banden aufgelöst. Die Regierung behauptet auch, dass Erpressungsanrufe um 40 Prozent zurückgegangen sind. In einem Interview mit El Faro erläuterte der honduranische

nerunter, indem er auf einen Mangel an interner Klarheit bei der Entscheidung zur Umsetzung des Ausnahmezustands hinwies.

4. Nicaragua

Flucht: Laut einem Bericht des US-amerikanischen Think-Tanks Diálogo Interamericano mussten im letzten Jahr rund 300.000 Nicaraguaner*innen das Land verlassen. Obwohl Nicaragua historisch gesehen kein Land der Massenauswanderung war, wie seine nördlichen Nachbarn in Mittelamerika, sind seit 2018 5 % der Bevölkerung Nicaraguas geflohen. Im Jahr 2022 haben mehr als 180.000 Nicaraguaner*innen die US-amerikanische Grenze gekreuzt. Im Vergleich zum Jahr 2020 ist die Anzahl demnach 60 mal höher.

Gleichzeitig behindert die Regierung von Daniel Ortega die Ausreise von Oppositionellen und blockiert sie sogar, indem sie Fluggesellschaften und Transportunternehmen infiltriert und Bürger*innen die Pässe verweigert und beschlagnahmt.

Weitere Sanktionen: Die britische Regierung hat im November Sadrach Zeledón, dem Bürgermeister von Matagalpa, und der Vizebürgermeisterin Yohaira Hernández wegen ihrer Beteiligung an der "Förderung und Unterstützung schwerer Menschenrechtsverletzungen" Sanktionen auferlegt, wie der britische Außenminister James Cleverly mitteilte. Die Sanktionen umfassen das Sperren von Geldern und Vermögen im Vereinigten Königreich sowie die Verweigerung der Einreise in das Land.

Opposition im Exil: Wie organisiert sich die nicaraguanische Opposition im Exil? Moritz Krawinkel von medico hat mit Aktivist*innen gesprochen, die angesichts der seit 2018 zunehmenden Repression in Nicaragua in das Nachbarland Costa Rica fliehen mussten, und über die Herausforderungen des Aktivismus außerhalb der eigenen Landesgrenzen geschrieben. [Zum Artikel](#).

Beziehungen mit dem Iran: Mit der Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens Mitte Dezember hat sich die Regierung Ortega dem iranischen Regime weiter angenähert. Der nicaraguanische Außenminister Denis Moncada besuchte den Iran, um das 14. Abkommen zwischen den beiden Ländern mit dem Titel "Umfassendes Kooperationsprogramm zwischen der Regierung der Islamischen Republik Iran und der Regierung der Republik Nicaragua" zu unterzeichnen. Moncada bezeichnete den Iran und Nicaragua als "Bruderländer". Menschenrechtsexpert*innen haben diese Annäherung vor dem Hintergrund der brutalen Repression der aktuellen Proteste durch die iranische Regierung scharf kritisiert.

5. Guatemala

Verfolgung der unabhängigen Justiz: Die ehemalige guatemaltekische Anti-Korruptions-Staatsanwältin Virginia Laparra wurde am 16. Dezember wegen "Amtsmissbrauchs" während ihrer Amtszeit in 2018 [zu vier Jahren Haft verurteilt](#). Obwohl sie durch Zahlung einer Geldstrafe von 14.600 Quetzales (ca. 1.750 Euro) [eine Haftstrafe vermeiden konnte](#), muss sie im Gefängnis bleiben, [da ein weiterer Haftbefehl gegen sie vorliegt](#). Die Fundación Contra el Terrorismo wirft ihr vor, vertrauliche Informationen weitergegeben zu haben.

Mehrere guatemaltekische und internationale Organisationen verurteilen die Entscheidung des Gerichts und [fordern ihre bedingungslose Freilassung](#). Sie behaupten, dass dieser "unfaire Prozess" Teil eines systematischen Angriffs auf die unabhängigen Akteure der Justiz in Guatemala ist. Peter Stano, leitender Sprecher für Sicherheits- und Außenpolitik der Europäischen Union, hat auf Twitter [seine Sorge über die Verurteilung und die Verschlechterung der Situation der Rechtsstaatlichkeit in Guatemala geäußert](#).

Gefängnisstrafe für Korruptionsfälle: Der ehemalige Präsident Otto Pérez Molina und die ehemalige Vizepräsidentin Roxana Baldetti [wurden wegen eines Korruptionsfalls zu 16 Jahren Haft verurteilt](#). Beide wurden der kriminellen Vereinigung und des Zollbetrugs für schuldig befunden und [erhielten jeweils acht Jahre für diese Straftaten](#). Darüber hinaus müssen beide eine Geldstrafe von mehr als 1 Million Dollar zahlen. Der Fall, bei dem es um die Erhebung von Bestechungsgeldern von Importeuren ging, um Steuerermäßigungen zu erhalten, [ist unter dem Namen "La Línea" bekannt](#) und wurde seit 2015 von der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala untersucht.

Interview: Jana Flörchinger und Moritz Krawinkel, aus der Mitgliedsorganisation des RT-ZA medico, haben Claudia Paz y Paz Bailey interviewt. Paz y Paz, Menschenrechtsverteidigerin, Leiterin vom Zentrum für Justiz und Recht (CEJIL) und ehemalige Generalstaatsanwältin Guatemalas spricht im Interview über die aktuelle Welle des Autoritarismus sowie die Möglichkeiten der Demokratisierung in der zentralamerikanischen Region. [Zum Interview](#).

Magnitsky-Gesetz gegen Bergbauunternehmen: Das US-Finanzministerium [hat](#) gegen den russischen Staatsbürger Dmitri Kudrjakow und die weißrussische Staatsbürgerin Iryna Litviniuk [wegen ihrer Rolle im guatemaltekischen Bergbausektor Sanktionen nach dem Magnitsky-Gesetz verhängt](#). Die Sanktionen umfassen auch drei mit den beiden Personen verbundene Unternehmen: Compañía Guatemalteca de Níquel (CGN), Compañía Procesadora de Níquel (ProNiCo) und Mayaniquel. Die Unternehmen sind Tochtergesellschaften der Solway Investment Group, einem russischen Unternehmen, das seit 2011 [das Fénix-Projekt in El Estor](#) betreibt.

Kudrjakow und Litviniuk [haben das Land verlassen und dürfen nicht wieder einreisen](#). Daraufhin [entzog die guatemaltekische Regierung den beiden sanktionierten Personen ihre Aufenthaltsgenehmigung](#). Die Regierung verfolgte gleichzeitig jedoch Journalisten, die [über die Missstände in El Estor berichteten](#). Das Unternehmen Mayaniquel hat in einer Pressemitteilung erklärt, dass der Betrieb in der Mine "auf unbestimmte Zeit" eingestellt wurde, aber [die Dorfbewohner in El Estor behaupten, dass in der Mine nachts weitergearbeitet wird](#).

Publikation: Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) hat ein Paper zur historischen Analyse der aktuellen Krise in Guatemala veröffentlicht. "Mangelnde Rechtsstaatlichkeit in Guatemala: Kontinuitäten und Brüche", von Eva Kalny, erläutert die historischen Wurzeln eines Rechtssystems, das den tiefen Ungleichheiten der guatemaltekischen Gesellschaft dient. Anhand von den zwei emblematischen Fällen der Demontage der CICIG und FECI sowie der Manipulation des Höchstgerichts und des

Subscribe

Past Issues

Translate ▼
